

Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 26.02.2009

Niederschrift

der 22. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, dem 05.02.2009,
Kleiner Saal, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:00 - 00:15 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dieter Gail **Stadtverordnetenvorsteher**
Herr Jörg Asboe
Herr Diedrich Backhaus
Herr Jürgen Becker
Frau Karen-Heide Bernard
Herr Markus Böhm-Högy
Frau Ursula Bouffier
Herr Dr. Helge Reinhold Braun
Herr Dr. Johannes Dittrich
Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer
Herr Dieter Kräske
Frau Dorothe Küster
Herr Klaus Peter Möller
Herr Michael Oswald
Herr Axel Pfeffer
Frau Julia-Christina Sator
Herr Jörg Schreiber
Frau Christine Wagener
Frau Ute Wernert-Jahn
Herr Carsten Zörb

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof
Frau Ika Veronika Bordasch
Herr Alfons Buchholz

Frau Astrid Eibelshäuser
Herr Dieter Geißler
Frau Dietlind Grabe-Bolz
Frau Eva Janzen
Frau Dr. Ulrike Krautheim
Herr Rolf Krieger
Herr Erkan Ertan
Herr Gerhard Merz
Herr Burkhard Schirmer
Frau Renate Schlotmann
Herr Peter Sommer
Herr Frank Walter Schmidt
Herr Mehmet Tanriverdi
Herr Andreas Walldorf

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Gerhard Greilich
Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Susanne Lehne
Frau Maren Kolkhorst
Frau Edith Nürnberger
Herr Christian Otto
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Prof. Dr. Aris Christidis
Herr Michael Beltz
Herr Michael Janitzki

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich
Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler
Herr Johannes Zippel

Stadtverordnete der Bürgerliste Gießen:

Frau Elke Koch-Michel

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat
Frau Karin Bouffier-Pfeffer	Stadträtin
Herr Prof. Dr. H. Brinkmann	Stadtrat
Herr Egon Fritz	Stadtrat
Frau Monika Graulich	Stadträtin
Herr Dr. Bernhard Höpfner	Stadtrat
Herr Dr. Reinhard Kaufmann	Stadtrat
Frau Susanne Koltermann	Stadträtin
Herr Kenneth Pukownick	Stadtrat
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat
Herr Dieter Scholz	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Lars Burkhard Steinz	Dezernat I	
Frau Regina Gerlach	Leiterin des Haupt- und Personalamtes	(bis 19:20 Uhr)
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	(bis 21:50 Uhr)
Herr Thomas Gernandt	Stellv. Leiter der Kämmerei	(bis 21:50 Uhr)

Vom Ausländerbeirat:

Herr Mohamed Ibrahim	Vorsitzender
----------------------	--------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter, Schriftführer
Frau Simone Benz	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Inge Bietz	SPD-Fraktion
Frau Hannelore Kraushaar- Hoffmann	SPD-Fraktion
Frau Elisabeth Langwasser	SPD-Fraktion
Herr Tjark Sauer	Die Linke.Fraktion
Herrn Edin Muharemovic	Stellv. Vorsitzender Ausländerbeirat

Stadtverordnetenvorsteher Gail eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Er beglückwünscht Stv.

Merz zum erneuten Einzug in den Hessischen Landtag und dankt Stv. Möller für die von ihm in den vergangenen Jahren für die Region Gießen im Landtag geleistete Arbeit.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stadtverordnetenvorsteher Gail erklärt, es liege ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Haushalt mit dem Titel „Zuschuss für die Initiative Arbeiterkind.de“ vor. Seines Erachtens könne der Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 3 – Haushalt 2009 – behandelt werden, ohne dass es der Feststellung der Dringlichkeit bedürfe.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Koch-Michel, BLG, stellt einen Dringlichkeitsantrag „Veränderung der Buslinienführung der Linie 11“ mit folgendem Wortlaut:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, den einstimmig beschlossenen Antrag des Ortsbeirates Kleinlinden vom 21.01.2009 zur Buslinie 11

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass der Bus der Linie 11 ab sofort nicht mehr durch die Heide und die Lützellindener Straße fährt‘ umzusetzen.

Die weitere Überprüfung der Alternativen der Buslinienführung und dessen Ergebnis soll dem Ortsbeirat und den Bürgern in Kleinlinden vorgestellt werden.

Dabei soll sichergestellt werden, dass die Buslinie 11 zukünftig die Haltestelle Brüder-Grimm-Schule Süd anfährt.

Weiterhin wird gebeten zu prüfen, ob die Linie 11 in das Beschleunigungssystem einbezogen werden kann. Sollte dieses nicht umsetzbar sein, wird gebeten, aus Zeitersparnisgründen einzelne Haltestellen in der Frankfurter Straße in Kleinlinden nicht mehr anzufahren.“

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion B´90/Die Grünen, spricht gegen die Dringlichkeit des Antrags. Eine Überprüfung der Angelegenheit laufe bereits.

Beratungsergebnis: Die Dringlichkeit und damit die Aufnahme des Antrags auf die Tagesordnung wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/Linke/BLG).

Stadtverordnetenvorsteher Gail lässt über die vorliegenden Anträge, die Magistratsvorlagen STV/2122/2008 und STV/2123/2008 in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: Linke/BLG).

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, beantragt, die Drucksache STV/2204/2009 in der Tagesordnung vor den Antrag STV/2068/2008 zu nehmen.

Hiergegen gibt es keine Einwände.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, beantragt, STV/2190/2009 von Teil B der Tagesordnung in Teil C zu schieben.

Dem entspricht der **Vorsitzende**, indem er den Antrag als neuen TOP 25 in Teil C positioniert.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Sie wird in der nachfolgenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde
 - 1.1. Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Scherer vom ANF/2220/2009
28.01.2009 - Kosten für die Durchführung einer
Oberbürgermeisterwahl -
Einführung und Verpflichtung des gewählten Stadtrates, Herrn Harald Scherer,
2. durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (§ 46 HGO)
 - 2.1. Aushändigung der Ernennungsurkunde an den gewählten Stadtrat durch den
Oberbürgermeister (§ 9 HBG)
 - 2.2. Vereidigung des gewählten Stadtrates durch den Stadtverordnetenvorsteher (§
72 HBG)
-
3. Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2009
 - 3.1. **2. Lesung**
 1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2009 - STV/2111/2008
Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 11.12.2008 -
 2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2009 - STV/2127/2008
Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 17.12.2008 -

1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2009 - STV/2112/2008
Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 11.12.2008 -

2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2009 - STV/2128/2008
Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 17.12.2008 -

Änderungsanträge der Fraktionen, der Stadtverordneten, des Seniorenbeirates
und des Jugendhilfeausschusses sowie Anregungen der Ortsbeiräte

3.2. 3. Lesung
Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2009 STV/1954/2008
- Antrag des Magistrats vom 01.10.2008 -

Teil A *(Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):*

4. Strategieentwicklung zur Großgewerbefläche Lützellinden STV/2017/2008
- Antrag des Magistrats vom 08.01.2009 -

4.1. Prüfantrag für ein neues Konzept Großgewerbefläche Gi- STV/2195/2009
Lützellinden
- Antrag der FW-Fraktion vom 12.01.2009 -

5. Modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Wohnbau STV/2095/2008
Gießen GmbH zur Mitfinanzierung der
Sanierungsmaßnahme in Gießen, Spitzwegring 1 - 3
- Antrag des Magistrats vom 05.12.2008 -

6. Modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Wohnbau STV/2101/2008
Gießen GmbH zur Mitfinanzierung der
Sanierungsmaßnahme in Gießen, Trieb 10 + 12
- Antrag des Magistrats vom 08.12.2008 -

7. Modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Wohnbau STV/2102/2008
Gießen GmbH zur Mitfinanzierung der
Sanierungsmaßnahme in Gießen, Ederstraße 33 - 35
- Antrag des Magistrats vom 08.12.2008 -

- | | | |
|--|--|---------------|
| 8. | Modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Wohnbau Gießen GmbH zur Mitfinanzierung der Sanierungsmaßnahme in Gießen, Ludwigsplatz 11
- Antrag des Magistrates vom 08.12.2008 - | STV/2105/2008 |
| 9. | Benennung von Straßen
- Antrag des Magistrats vom 12.01.2009 - | STV/2121/2008 |
| 10. | Bebauungsplan GI 04/24 "Veterinärklinik";
hier: Entwurfsbeschluss für den Teilplan I und Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 18.12.2008 - | STV/1928/2008 |
| 11. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/29 "An der Alten Post";
hier: Einleitungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 12.01.2009 - | STV/2039/2008 |
| 12. | Aufstellung des Bebauungsplans SCH 08/01 "Erweiterung - Firma Bieber";
hier: 1. Entwurfsbeschluss
2. Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 22.12.2008 - | STV/2176/2008 |
| 13. | Aufstellung des Bebauungsplans GI 03/11 "Professoreneck-Mitte";
hier: Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 22.12.2008 - | STV/2177/2008 |
| 14. | Bebauungsplan WI 06/10 "Oberlachweg";
hier: Einleitungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 08.01.2009 - | STV/2181/2009 |
| 15. | Zweite Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung
- Antrag des Magistrats vom 07.01.2009 - | STV/2180/2009 |
| Teil B (Anträge der Fraktionen, die <i>ohne</i> Aussprache behandelt werden): | | |
| 16. | Standvergabe auf dem Wochenmarkt
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 07.01.2009 - | STV/2192/2009 |
| 17. | Zahlungen für die Müllentsorgung
- Antrag der FW-Fraktion vom 08.01.2009 - | STV/2194/2009 |

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 18. | Berichts Antrag zu den Abfallgebühren der Stadt Gießen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.01.2009 - | STV/2199/2009 |
| 19. | Ausbildungssituation bei der Stadt Gießen und ihren
Gesellschaften
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009 - | STV/2197/2009 |
| 20. | Ulenspiegel - rechtzeitige Information bei erneuter
Verkaufsabsicht
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009 - | STV/2198/2009 |
| 21. | Berichts Antrag zum neuen Rathaus
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.01.2009 - | STV/2201/2009 |
| 22. | Projektliste für das "Sonderinvestitionsprogramm" des
Landes Hessen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009 - | STV/2200/2009 |

Teil C (Anträge der Fraktionen, die *mit* Aussprache behandelt werden):

- | | | |
|-------|--|---------------|
| 23. | Termin Oberbürgermeisterwahl 2009
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 13.01.2009 - | STV/2204/2009 |
| 24. | Teilnahme des Ausländerbeirats bei Nichtöffentlichkeit
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2008 - | STV/2068/2008 |
| 25. | Millenniumserklärung der Städte und Kommunen
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 16.12.2008 - | STV/2190/2009 |
| 26. | Verschiedenes | |
| 26.1. | Anfrage gem. § 29 GO der Stv. Schlotmann vom
14.01.2009 - Fortschreibung des Energieberichts - | ANF/2205/2009 |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde

1.1. **Anfrage gem. § 30 GO des Stv. Scherer vom 28.01.2009 ANF/2220/2009**
- Kosten für die Durchführung einer
Oberbürgermeisterwahl -

Anfrage:

„Wie hoch sind die Kosten, die der Stadt Gießen für die Durchführung einer Oberbürgermeisterwahl durchschnittlich entstehen?“

1. Zusatzfrage: „Wie viele hauptamtliche und ehrenamtliche Helfer werden für eine solche Wahl in der Stadt Gießen in der Regel benötigt?“

2. Zusatzfrage: „Ist ein geplanter oder gar gebuchter Urlaub ein beachtlicher Grund für die Ablehnung eines angetragenen Ehrenamtes als Wahlhelfer?“

Oberbürgermeister Haumann antwortet:

„An Gesamtkosten einer Oberbürgermeisterwahl laufen ohne Stichwahl rund 75.000 € auf, mit Stichwahl etwa 110.000 €.

Das sind die Gesamtsummen. Sie gliedern sich wie folgt auf:

Amtliche Bekanntmachungen: ca. 7.000 €, mit Stichwahl ca. 8.000 €

Büromaterial, Drucksachen: ca. 6.500 €, mit Stichwahl ca. 7.000 €

Mietkosten: ca. 500 €, mit Stichwahl ca. 1.000 €

Porto und Druck Wahlbenachrichtigungskarten, Porto für Briefwahlunterlagen und rote Wahlbriefe: ca. 28.000 €, mit Stichwahl ca. 40.000 €

Ergebnispräsentation: ca. 1.500 €, mit Stichwahl ca. 3.000 €

Einkauf von Fremdleistungen, z.B. für die Erstellung des Wählerverzeichnisses: 11.000 €

Schulungskosten für die Mitarbeiter/innen des Briefwahlbüros: 200 €

Erfrischungsgelder Wahlhelfer: ca. 16.500 €, mit Stichwahl ca. 33.000 €

Verwaltungsleistungen, z.B. Ausfuhr Urnen: ca. 2.500 €, mit Stichwahl ca. 4.500 €

Zur **1. Zusatzfrage:**

- für die Besetzung der Wahlvorstände ca. 600 ehrenamtliche Wahlhelfer/innen,
- bis zu sieben Wochen vor dem Wahltag mindestens 3 Vollzeitkräfte im Briefwahlbüro und 1,5 Stellen zusätzlich im Sachgebiet Wahlen,
- am Wahltag 17 bis 18 Bedienstete der Stadtverwaltung für Ergebnisannahme und -präsentation.

Für die Herrichtung der Wahlräume werden die jeweiligen Hausmeister herangezogen.

Zur **2. Zusatzfrage:**

Ein geplanter oder gebuchter Urlaub wird im Katalog der Ablehnungsgründe nicht speziell genannt, jedoch ist dieser nicht abschließend. Die Geltendmachung eines geplanten oder gebuchten Urlaubes als wichtiger Grund zur Ablehnung des Ehrenamtes Wahlhelfer ist aber anzunehmen.“

2. Einführung und Verpflichtung des gewählten Stadtrates, Herrn Harald Scherer, durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (§ 46 HGO)

Stadtverordnetenvorsteher Gail führt Herrn Harald Scherer gemäß § 46 HGO in sein Amt als hauptamtlicher Stadtrat ein und verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben.

2.1. Aushändigung der Ernennungsurkunde an den gewählten Stadtrat durch den Oberbürgermeister (§ 9 HBG)

Oberbürgermeister Haumann händigt Herrn Harald Scherer die Ernennungsurkunde (Ernennung zum 01.03.2009) aus.

2.2. Vereidigung des gewählten Stadtrates durch den Stadtverordnetenvorsteher (§ 72 HBG)

Stadtverordnetenvorsteher Gail vereidigt Herrn Harald Scherer gemäß § 72 HBG. Herr Scherer leistet folgenden Eid:
„Ich schwöre, dass ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen sowie alle in Hessen geltenden Gesetze wahren und meine Pflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllen werde.“

3. Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2009

3.1. 2. Lesung

1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2009 - STV/2111/2008
Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 11.12.2008 -

Antrag: „Siehe Anlage.“

2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2009 - STV/2127/2008
Ergebnishaushalt
- Antrag des Magistrats vom 17.12.2008 -

Antrag: „Siehe Anlage.“

**1. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2009 -
Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 11.12.2008 -**

STV/2112/2008

Antrag: „Siehe Anlage.“

**2. Magistrats-Änderungsliste zum Haushalt 2009 -
Finanzhaushalt
- Antrag des Magistrats vom 17.12.2008 -**

STV/2128/2008

Antrag: „Siehe Anlage.“

**Änderungsanträge der Fraktionen, der Stadtverordneten, des Seniorenbeirates
und des Jugendhilfeausschusses sowie Anregungen der Ortsbeiräte**

Zur 2. Lesung sprechen **Stv. Janitzki**, Linke.Fraktion, und **Frau Sator**, CDU-Fraktion.

Die Abstimmung über die einzelnen Haushaltsanträge erfolgt anhand der von der Kämmerei zum „Ergebnishaushalt“ und Finanzhaushalt“ vorgelegten Listen, in welche die Magistratsänderungslisten 1 und 2 sowie die Änderungsanträge der Fraktionen eingearbeitet sind.

Es kommt zu folgenden Abstimmungsergebnissen:

Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2009

ERGEBNISHAUSHALT

Lfd. Nr.	Antragsteller, DS-Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Änderung	Abstimmungsergebnis
1	Linke.Fraktion STV/2142/2008	0101070100 Datenschutz	6301000 Dienst- u.Amtsbezüge	+20.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
2	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101080300 Verw. Finanzen	5422000 Zuweis. f. lfd. Zwecke	-29.540 E	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: Linke/BLG; StE: SPD/FW)
3	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101080300 Verw. Finanzen	6650000 Abschreibungen	+75.735 A	
4	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101080300 Verw. Finanzen	7125000 Zusch. f. lfd. Zwecke	-97.880 A	
5	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101080500 Verwaltung Betriebskosten	6081000 Reinigungsmaterial	+317.700 A	

6	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101090100 Externe Dienste	5002000 Umsatzerlöse Veranst.	+3.500 E	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke/BLG StE: FW)
7	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101090100 Externe Dienste	6869000 Aufwendungen Repräsentationen	+3.500 A	
8	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101100300 Gebäude- wirtschaft	6161000 Instandhaltung Gebäude/Außenanl.	-74.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke; StE: FW/BLG)
9	SPD-Fraktion STV/2167/2008	0101100300 Gebäude- wirtschaft	6161000 Instandhaltung Gebäude/Außenanl.	+30.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke/FW; StE: BLG)
10	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101100300 Gebäude- wirtschaft	6162000 Instandhaltung techn. Anlagen	+140.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke StE: FW/BLG)
11	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101110200 Städtisches Archiv	6861000 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	+5.000 A	
12	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0101130200 Liegenschafts- verwaltung	6701000 Mieten, Pachten etc.	+150.000 A	
13	OBR Allendorf <i>von SPD-Fraktion übernommen</i>		Photovoltaikanlagen	+100.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke/FW/BLG)
14	OBR Allendorf <i>von SPD-Fraktion übernommen</i>	0101140100 Öffentlichkeits- arbeit	6861000 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarb.	+3.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke/FW/BLG)
15	Frakt. CDU/GR/FDP STV/2171/2008	0203020200 Straßenverkehrs- behörde	6139000 Fremdleistungen	+180.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/FW/ BLG; Nein: SPD/Linke)
16	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0204010200 Feuerwehr	6070000 Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	+30.803 A	Mehrheitlich zugestimmt (Ja:CDU/GR/Linke/FDP, BLG; Nein:SPD; StE:FW)
17	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0204010200 Feuerwehr	6131000 Aufw.entschädigung ehrenamtl. Tätige	+20.000 A	Mehrheitlich zugestimmt (Ja:CDU/GR/Linke/FDP; Nein:SPD/BLG; StE:FW)
18	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0307010100 Grundschulen	5301000 Erlöse Kantinenbetrieb	+25.000 E	Mehrheitlich zugestimmt (Ja:CDU/GR/Linke/FDP; Nein:SPD; StE:FW/BLG)
19	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0307010100 Grundschulen	6101000 Fremdleistungen	+20.000 A	Mehrheitlich zugestimmt (Ja:CDU/GR/Linke/FDP; Nein:SPD; StE:FW/BLG)
20	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0318010100 Schülerbetreuung	6010100 Büromaterial u. Drucks.	+50.000 A	Mehrheitlich zugestimmt (Ja:CDU/GR/Linke/FDP, BLG; Nein:SPD; StE:FW)
21	Linke.Fraktion STV/2138/2008	0318010100 Schülerbetreuung	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke (Gedenkstättenfahrten)	+10.000 A	Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück
22	Linke.Fraktion STV/2141/2008	0319010100 Schulverwaltung	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke (Einschulungsbeihilfen)	+20.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke/BLG)
23	Frakt. CDU/GR/FDP STV/2169/2008	0421010100 Ausstellungen	6139000 Sonst. Fremdleistungen (Sachm. Kunstausstell.)	+30.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein:Linke;StE:SPD/BLG)
24	SPD-Fraktion STV/2159/2008	0421010200 Museum	6139000 Sonst. Fremdleistungen	+20.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/FW/BLG; StE: Linke)
25	Frakt. CDU/GR/FDP STV/2170/2008	0429010100 Heimatspflege	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke	+45.000 A	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/ FW/BLG; StE: Linke)

26	Linke.Fraktion STV/2147/2008	0426010100 Weiterbildung	5110000 Öffentl.rechtl. Benutzungsgebühren	-15.000 E	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke/BLG)
27	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0426010100 Weiterbildung	6201030 Entgelt Aushilfen	+45.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke/BLG StE: FW)
28	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0540030200 Andere soziale Einrichtungen	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+15.854 A	
29	Linke.Fraktion STV/2134/2008	0540030200 Andere soziale Einrichtungen	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+20.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke/BLG)
30	SPD-Fraktion STV/2151/2008	0540030200 Andere soziale Einrichtungen	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+10.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
31	SPD-Fraktion STV/2154/2008	0540030200 Andere soziale Einrichtungen	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+10.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
32	Alle Fraktion u. BLG STV/2175/2008	0540030200 Andere soziale Einrichtungen	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+500 A	Einstimmig zugestimmt
33	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0540030300 Gießen-Pass	7175000 Erstattungen an ver- bundene Unternehmen	+30.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/BLG; StE: Linke/FW)
34	Linke.Fraktion STV/2140/2008	0540030300 Gießen-Pass	7175000 Erstattungen an ver- bundene Unternehmen	+100.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke/BLG)
35	Linke.Fraktion STV/2143/2008	0540030400 Wohlfahrtspflege	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+100.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke; StE: BLG)
36	Linke.Fraktion STV/2146/2008	0540030400 Wohlfahrtspflege	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+2.000 A	Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück
37	SPD-Fraktion STV/2155/2008	0540030400 Wohlfahrtspflege	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+5.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
38	SPD-Fraktion STV/2150/2008	0540030400 Wohlfahrtspflege	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+2.400 A	Einstimmig zugestimmt (Anträge sind inhaltl. identisch)
39	Frakt. CDU/GR/FDP STV/2174/2008	0540030400 Wohlfahrtspflege	7128000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche	+2.400 A	
40	SPD-Fraktion STV/2149/2008	0641020100 Freie Träger v. Betreuungseinr.	7119000 Zuweisungen und Zuschüsse	+240.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein:CDU/GR/FDP/FW Ja: SPD/Linke; StE: BLG)
41	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0641 020200 Betreuung Schulkinder	5421000 Zuweisung vom Land	+1.960 E	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/BLG; Nein: SPD; StE: Linke/FW)
42	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0641 020200 Betreuung Schulkinder	7121100 Zuweisung an Land	+1.960 A	
43	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0641 020300 Betreuungs- einricht. – U3	5421000 Zuweisung vom Land	-1.164.000 E	
44	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0641 020300 Betreuungs- einricht. – U3	7128000 Zusch. an übrige Bereiche	-1.164.000 A	
45	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0641030100 Kindertages- pflegeleistungen	5410300 Sonst. Landeszuweis.	-320.000 E	

46	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0641030100 Kindertages- pflegeleistungen	7128000 Zuschüsse an übrige Bereiche	-330.000 A	
47	Linke.Fraktion STV/2145/2008	0642010400 Kooperation m. Jugendverb. etc.	7128000 Zuschüsse an übrige Bereiche	+20.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: Linke/BLG; StE: SPD)
48	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	5484000 Kostenerstattungen vom öffentl. Bereich	+230.000 E	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke/BLG; StE: FW)
49	Linke.Fraktion STV/2136/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	6201000 Entgelt für geleistete Arbeitszeit	+100.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke; StE: BLG)
50	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7250101 Soz.päd. Hilfen bei Ausbildung und Arbeit	-5.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/Linke/ FDP/BLG; Nein: SPD; StE: FW)
51	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7250102 Betreuung in Notsituationen	-7.000 A	
52	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7250103 Andere Hilfen zur Erziehung	+40.000 A	
53	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7250104 Erziehungsberatung	+5.000 A	
54	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7250106 Erziehungsbeistand, Betreuung	+20.000 A	
55	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7250107 Sozialpädagogische Familienhilfe	-25.000 A	
56	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7250108 Vollzeitpflege – Erstattungen an Andere	-20.000 A	
57	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7250109 Vollzeitpflege – Erziehungsstellen	-25.000 A	
58	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7250114 Ambul. Einzelhilfen	+5.000 A	
59	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7251001 Unterbringung Eltern mit Kind	+50.000 A	
60	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7251002 Erziehung Tagesgruppe	+100.000 A	
61	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7251005 Leistungen Heimpflege	+200.000 A	
62	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7251008 Stationär. seel. Behind.	+20.000 A	
63	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7251010 Betreutes Wohnen	+72.000 A	
64	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0643010200 Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	7251013 Unterbringung und Rückf.	+100.000 A	
65	Mag.änderungsliste 1	0643010200	7251014	+230.000 A	

	STV/2111/2008	Leistungen gem. § 13 .. SGB VIII	Inobhutnahme mdj. unbegl. Flüchtlinge		
66	SPD-Fraktion STV/2158/2008	0643031300 Schulsozialarbeit	6201000 Entgelt Arbeitszeit	+76.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke/BLG; StE: FW)
67	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0645010300 Förderung freier Träger	7128000 Zuschüsse an übrige Bereiche	+40.000 A	
68	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0953040200 Sonst. Raum- u. Fachplanungen	6139000 Sonst. Fremdleistungen	+40.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke; StE: FW/BLG)
69	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0953040200 Sonst. Raum- u. Fachplanungen	6774000 Planungsleistungen	+82.000 A	
70	OBR Lützellinden von Linke-Fraktion übernommen	0953040200 Sonst. Raum- u. Fachplanungen	6774000 Planungsleistungen	-20.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP; Ja: Linke/BLG; StE: FW)
71	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0953040300 Städtebau	6774000 Planungsleistungen	+28.000 A	
72	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	0953040400 Verbindliche Bauleitplanung	6774000 Planungsleistungen	+54.000 A	
73	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1264010100 Verkehrswege	6165000 Instandhaltung	+348.000 A	
74	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1264010100 Verkehrswege	6774000 Planungsleistungen	+150.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/BLG; Nein: SPD StE: Linke/FW)
75	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1264010200 Verkehrswege	6163000 Instandhaltung von Einricht. u. Ausstattg.	+200.000 A	
76	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1372010200 Freizeitanlagen	6139000 Fremdleistungen	+14.500 A	
77	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1372010200 Freizeitanlagen	6161000 Instandhaltung	+195.000 A	
78	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1372010200 Freizeitanlagen	6165000 Instandhaltung	+13.000 A	
79	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1372010200 Freizeitanlagen	6774000 Planungsleistungen	+80.000 A	
80	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1373010300 Oberflächen- gewässer	6165000 Instandhaltung	+1.900 A	
81	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1374010300 Friedhöfe	6161000 Instandhaltung	+50.000 A	
82	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1372010200 Freizeitanlagen	6165000 Instandhaltung	+1.400 A	
83	OBR Rödgen von SPD-Fraktion übernommen	1376010100 Feldwege	6165000 Instandhaltung	+10.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke/FW/BLG)
84	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	1578010100 Wirtschafts- förderung	7125000 Zuschüsse lfd. Zwecke	-5.000 A	
85	Mag.änderungsliste 2 STV/2127/2008	1681010100 Gemeinde-	5553000 Gewerbsteuer	+1.035.900 E	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/Linke/FDP;

		steuern			Nein: SPD; StE: FW/BLG)
86	Mag.änderungsliste 2 STV/2127/2008	1681010100 Gemeinde- steuern	5553000 Gewerbsteuerumlage	+165.295 A	
87	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	Büro der Stadt- verordneten- versammlung	Beschreibung, Ziele, Kennzahlen		Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/ Linke/FDP/BLG; StE: FW)
88	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	Amt für Umwelt und Natur	Beschreibung, Ziele, Kennzahlen		
89	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	Amt für soziale Angelegenheiten	Beschreibung, Ziele, Kennzahlen		
90	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	Hochbauamt	Beschreibung, Ziele, Kennzahlen		
91	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	Stellenplan Teil D	1 Mehrstelle Kulturamt		Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/ FDP; Nein: Linke/BLG; StE: FW)
92	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	Stellenplan Teil D	2 Mehrstellen Amt für Brandschutz		Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/ FDP/BLG; StE:Linke/FW)
93	Mag.änderungsliste 1 STV/2111/2008	Änderung der Bemerkungen und Anweisungen zum Haushaltsplan 2009, Seiten 2.7 und 2.13			Einstimmig zugestimmt
94	Jugendhilfeausschuss STV/2131/2008	2 bis 4 zusätzliche Planstellen für den ASD des Jugendamtes			Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
95	Linke.Fraktion STV/2135/2008	Regelungen bei Stundungen, Niederschlagungen und Erlassen			Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke; StE: BLG)
96	Linke.Fraktion STV/2136/2008	Aufstockung von Stellen beim ASD des Jugendamtes		+100.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke; StE: BLG)
97	Linke.Fraktion STV/2137/2008	Regelungen zur Entscheidung bei Investitionen			Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke/BLG)
98	Linke.Fraktion STV/2144/2008	Regelungen zur Berichterstattung über den Haushaltsvollzug (§ 28 GemHVO)			Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke/BLG)
99	SPD-Fraktion STV/2148/2008	Zielvereinbarung Reinigungskräfte			Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
100	SPD-Fraktion STV/2152/2008	Stellenplan B, Teilhaushalt 06 – Personalkostenstelle 510102 Soz. Dienst Erhöhung um 3 Stellen			Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
101	SPD-Fraktion STV/2153/2008	Stellenplan B, Teilhaushalt 06 – Personalkostenstelle 510102 KITAs: Erhöhung um 6 Stellen			Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
102	SPD-Fraktion STV/2156/2008	Stellenplan B, Teilhaushalt 04 – Personalkostenstelle 400102 Musikschule: Erhöhung um 0,5 Stellen			Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke/FW/BLG)
103	SPD-Fraktion STV/2161/2008	Stellenplan B, Teilhaushalt 03 – Personalkostenstelle 400102 Hausmeister: Erhöhung um 1 Stelle			Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück

Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2009

FINANZHAUSHALT

Lfd. Nr.	Antragsteller, DS-Nr.	Invest.nr. / Kostenträger/ Sachkonto	Bezeichnung	Änderung	Abstimmungsergebnis
1	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	102009001 / 0101250300/ 0860010	Erwerb bewegl. Sachen Gesamtverwaltung	+10.700 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke; StE: FW/BLG)
2	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	162009001 / 0101120100/ 0851010	Erwerb von Hard- u. Software / Amt für IT	+60.000 A	
3	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	162009002 / 0101120300/ 0851010	Ausbau Telekommun. Amt für IT	+20.000 A	
4	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	162009003 / 0101120200/ 0851010	Ausbau Netze Amt für IT	+15.000 A	
5	OBR Kleinlinden OBR/1890/2008 SPD-Frak. übernimmt	322009002 / 0203020200/ 0801010	Geschwindigkeits- messgerät	+80.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke/FW/BLG)
6	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	372009002 / 0204010200/ 0810010	Erwerb techn. Geräte Berufsfeuerwehr	-1.325.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/Linke/ FDP/BLG; Nein: SPD; StE: FW)
7	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	372009003 / 0204010200/ 0810010	Erwerb techn. Geräte Freiw. Feuerwehr	+37.725 A	
8	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	372009006 / 0204010200/ 3602010	Anschaffung Drehleiter Berufsfeuerwehr	+100.000 E	
9	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	372009006 / 0204010200/ 0810010	Anschaffung Drehleiter Berufsfeuerwehr	+550.000 A	
10	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	372009007 / 0204010200/ 0810010	Anschaffung Rüstwagen Berufsfeuerwehr	+300.000 A	
11	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	372009008 / 0204010200/ 0810010	Anschaffung PKW Berufsfeuerwehr	+40.000 A	
12	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	372009009 / 0204010200/ 0810010	Anschaffung Einsatzleitwagen Berufsfeuerwehr	+85.000 A	
13	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	372009010 / 0204010200/ 0810010	Anschaffung Hilfe- leistungslöschfahrzeug Berufsfeuerwehr	+350.000 A	
14	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	402009002 / 0307010100/ 0890010	Erwerb bewegl. Sachen Grundschulen	+2.700 A	
15	SPD-Fraktion STV/2160/2008	402009002 / 0307010100/ 0860010	Erwerb bewegl. Sachen Grundschulen	+1.800 A	
16	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	402009003 / 0312010100/ 0860010	Erwerb bewegl. Sachen Kom. Haupt- u. Real-schulen	+4.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/BLG; Nein: SPD/Linke; StE: FW)
17	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	402009005 / 0316010100/ 0860010	Erwerb bewegl. Sachen berufl. Schulzentren	+120.000 A	
18	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	402009009 / 0319010100/ 0851010	Hard- u. Software/ Netzwerkeinrichtung	+85.000 A	
19	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	402009010 / 0319010100/ 0860010	Schule @ Zukunft	+120.000 A	
20	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	402009012 / 0319010100/	Erneuerung naturwiss. Anschaff.	+50.000 Verpflicht.	

		0860010		Ermächtigung	
21	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	402009015 / 0314010100/ 0860010	Sanierung Naturwissensch. BGS	+30.000 A	
22	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	412009003 / 0424010100/ 0840010	Anschaffung Konzertflügel	+50.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke/BLG; StE: FW)
23	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	512009003 / 0641020100/ 3601010	Landeszuweisungen Kinderg. sonst. Träger	-400.000 E	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke; StE: FW/BLG)
24	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	512009003 / 0641020300/ 0358010	Investitionszuschüsse Kinderg. sonst. Träger	-250.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/BLG; Nein: SPD/Linke; StE: FW)
25	OBR Allendorf <i>von SPD-Fraktion übernommen</i>	522009001 / 0851010200/03 58010	Investitionszuschüsse an Vereine u. Verbände Sport	+25.300 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/BLG; StE: Linke/FW)
26	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	612009001 / 0953040400/ 0911010	Planung Bahnhofsvorplatz	+300.000 Verpflicht. Ermächtigung	Mehrheitl. zugestimmt Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke; StE: FW/BLG)
27	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	622009001 / 0953020300/ 0242010	Entwicklung Geographisches Informationssystem	+71.500 A	Mehrheitl. zugestimmt Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke; StE: FW/BLG)
28	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009001 / 0101100300/ 0541010	Verwaltungsgebäude Berliner Platz	+2.300.000 A	Mehrheitl. zugestimmt Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke/BLG; StE: FW)
29	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009007 / 0101100300/ 0530110	Sanierung Ludwig-Uhland- Schule	+15.000 A	Mehrheitl. zugestimmt Ja: CDU/GR/FDP/BLG; Nein: SPD/Linke; StE: FW)
30	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009012 / 0101100300/ 0530110	Erweiterung u. Umbau L.-Ludwig- Gymnasium	+71.000 A	Mehrheitl. zugestimmt Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke; StE: FW/BLG)
31	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009014 / 0101100300/ 0951110	Umbau u. Sanierung Herderschule	-1.040.000 A <i>Verpfl.ermächt. +200.000</i>	
32	Mag.änderungsliste 2 STV/2128/2008	652009014 / 0101100300/ 0951110	Umbau u. Sanierung Herderschule	+130.000 A <i>Verpfl.ermächt. -130.000</i>	
33	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009014 / 0101100300/ 3601010	Umbau u. Sanierung Herderschule	-840.000 E	
34	Mag.änderungsliste 2 STV/2128/2008	652009017 / 0101100300/ 0530110	Erneuerung Lehrküche Aliceschule	+0 A	
35	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009018 / 0101100300/ 0951110	Sanierung Theodor-Litt-Schule	-850.000 A <i>Verpfl.ermächt. +100.000</i>	
36	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009018 / 0101100300/ 3601010	Sanierung Theodor-Litt-Schule	-750.000 E	
37	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009020 / 0101100300/ 0530110	Sanierung R.-Huch-Schule Haus B	-100.000 A	
38	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009023 / 0101100300/ 0951110	Ausbau Ganztagsber. Friedr.-Ebert-Schule	+100.000 A	
39	Mag.änderungsliste 1	652009024 /	Ausbau	-400.000 A	

	STV/2112/2008	0101100300/ 0530110	Ganztagsber. Brüder-Grimm-Schule	Verpfl.ermächt +400.000	
40	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009025 / 0101100300/ 0951110	Gesamtsanierung Brüder-Grimm-Schule	-511.000 A Verpfl.ermächt +200.000	
41	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009025 / 0101100300/ 3601010	Gesamtsanierung Brüder-Grimm-Schule	-311.000 E	
42	Mag.änderungsliste 2 STV/2128/2008	652009026 / 0101100300/ 0530110	Hochbau Allg. Investitionsaufw. Gesamtschulen	-30.000 A Verpfl.ermächt +30.000	
43	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009030 / 0101100300/ 0531010	Neubau Kita Marburger Str. – Am Kaiserberg	+250.000 A	
44	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009031 / 0101100300/ 0951010	Gesamtsanierung Brüder-Grimm-Schule	-800.000 A Verpfl.ermächt +835.000	
45	Mag.änderungsliste 2 STV/2128/2008	652009032 / 0101100300/ 0951210	Gesamtsanierung Sporthalle Lützellinden	-70.000 A Verpfl.ermächt +70.000	
46	SPD-Fraktion STV/2164/2008	652009035 / 0101100300/ 0802010	Selterstor Rolltreppen	+450.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/BLG; StE: Linke)
47	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009036 / 0101100300/ 0951010	Sanierung Parkhaus Roonstraße	+50.000 A	
48	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009038 / 0101100300/ 0539010	Sanierung Werkstattgebäude Fuhrpark	-200.000 A Verpfl.ermächt +200.000	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke StE: FW/BLG)
49	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009039 / 0101100300/ 0531010	An-/Umbau Kita Anne-Frank-Straße	+30.000 A	
50	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009040 / 0101100300/ 0531010	An-/Umbau Kita Rödgen	-100.000 A Verpfl.ermächt +100.000	
51	SPD-Fraktion STV/2157/2008	652009043 / 0101100300/ 0530110	Erneuerung Lehrküchen Aliceschule	+100.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/BLG; StE: Linke)
52	Mag.änderungsliste 2 STV/2128/2008	652009045 / 0101100300/ 0551010	Gesamtsanierung Sporthalle Lützellinden	-30.000 A Verpfl.ermächt +30.000	
53	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009046 / 0101100300/ 0951010	Sanierung Werkstattgebäude Fuhrpark	+1.640.000 A Verpfl.ermächt +1.000.000	
54	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009047 / 0101100300/ 0533010	Ausbau und Modernisierung Sporthalle Ost	+16.237 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke StE: FW/BLG)
55	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009048 / 0101100300/ 0951110	Sanierung u. Ausbau Elementary School	+850.000 A	
56	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	652009049 / 0101100300/ 0530110	Erweiterung d. RHS Ganztagsbetreuung	+30.000 A	
57	SPD-Fraktion STV/2162/2008	652009050 / 0101100300/ 0951110	Energetische Sanierung der Gießener Schulen	+500.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
58	SPD-Fraktion STV/2163/2008	652009050 / 0101100300/ 0951110	Energetische Sanierung der Gießener Schulen	+100.000 A	
59	SPD-Fraktion STV/2165/2008	652009051 / 0101100300/	Aufzug Stadttheater	+5.500 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP;

		0802010			Ja: SPD/Linke/BLG; StE: FW)
60	SPD-Fraktion STV/2166/2008	652009051 / 0101100300/ 0802010	Aufzug Stadttheater	+24.500 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke/BLG; StE: FW)
61	SPD-Fraktion STV/2168/2008	652009051 / 0101100300/ 0802010	Aufzug Stadttheater	+300.000 Verpflicht. Ermächtigung	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/FW/ BLG; Nein: SPD; StE: Linke)
62	Frakt. CDU/GR/FDP STV/2172/2008	652009052 / 0101100300/ 0840010	Bodenerneuerung Sporthalle Friedrich-Feld-Schule	+50.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP/FW/ BLG; Nein: SPD; StE: Linke)
63	OBR Lützellinden von SPD-Fraktion übernommen	652009053 / 0101100300/ 0539010	Sanierung u. Umbau „Backhaus“ am Dorf- platz Lützellinden	+70.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/ FW; Ja: SPD/Linke/BLG)
64	OBR Lützellinden von CDU-Fraktion übernommen	652009053 / 0101100300/ 0539010	Sanierung u. Umbau „Backhaus“ am Dorf- platz Lützellinden	+60.000 A	Einstimmig zugestimmt
65	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009001 / 1264010100/ 0613010	Resterschließung Schwarzacker	-100.000 A Verpfl.ermächt +100.000	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke; StE: FW/BLG)
66	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009002 / 010110100/ 0840010	Erwerb techn. Geräte Bauhof Tiefbauamt	-100.000 A Verpfl.ermächt +100.000	
67	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009007 / 1264010100/ 0613010	Verkehrszeichenbau Gemeindestraßen	+12.000 A	
68	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009012 / 1264010100/ 0613010	Straßenbau Baugebiet am Allendorfer Weg	+20.000 A	
69	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009019 / 1264010100/ 3660110	Straßenbeiträge	+63.100 E	
70	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009022 / 1264010100/ 0613010	Erneuerung Füßgängerzone	+700.000 A Verpfl.ermächt +200.000	
71	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009024 / 1264010100/ 0613010	Sanierung/Anpassung Straße Am Alten Gasse	+70.000 A	
72	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009025 / 1264010100/ 0613010	Grundhafte Erneuerung Obergasse GI-Allend.	-200.000 A Verpfl.ermächt +200.000	
73	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009030 / 1264010100/ 0613010	Fuß- und Radweg entlang R.-Diesel- Straße	+120.000 A	
74	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009036 / 1264010100/ 0960010	Erschl.straße zw. Schiffenberger und Leihgesterner Weg	-100.000 A Verpfl.ermächt +100.000	
75	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009038 / 1264010100/ 0960010	Rad- u. Fußwegbrücke Weststadt Sudeten- landstraße	+15.000 A Verpfl.ermächt +30.000	
76	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009040 / 1265010100/ 0612010	Verkehrszeichen Kreisstraßen	+2.000 A	
77	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009043 / 1266010100/ 0611010	Verkehrszeichen Landesstraßen	+10.000 A	
78	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009047 / 1266010100/ 0611010	Mittelinsel Wetzlarer Straße Ortsausgang Kleinlinden	+55.000 A	
79	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009051 / 1266010100/ 0611010	Umgestaltung Berliner	-100.000 A Verpfl.ermächt	

		0611010	Platz/Ostanl.	+100.000	
80	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009052 / 1266010100/ 0611010	Ausbau Frankfurter Str.	+135.000 A	
81	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009054 / 1266010100/ 0960010	Radverkehrsanlage Frankfurter Straße	-100.000 A <i>Verpfl.ermächt</i> +100.000	
82	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009057 / 1266010100/ 0611010	Vekehrssignalanlage n Landesstraßen	+56.000 A	
83	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009058 / 1264010100/ 0613010	Straßenbeleuchtung	+45.000 A	
84	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009061 / 1373010400/ 0641110	Hochwasserschutz- damm Weststadt	+450.000 A	
85	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009064 / 1264010100/ 3660110	Erschließung Bergkaserne	+1.700.000 E	
86	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009064 / 1264010100/ 0952010	Erschließung Bergkaserne	+1.700.000 A	
87	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009065 / 1264010100/ 0613010	Ausbau Leimkauter Weg	+30.000 A <i>Verpfl.ermächt</i> +20.000	
88	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009064 / 1264010100/ 0960010	Neubau Fußgänger- brücke Wieseckmünd.	+10.000 A	
89	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	662009067 / 1264010100/ 0613010	Straßenbau Petersweiher	+25.000 A	
90	OBR Lützellinden von SPD-Fraktion übernommen	662009068 / 1264010100/ 0611010	Querungshilfe Rheinfelser Straße	+30.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke/FW/BLG)
91	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009003 / 1372010200/ 0531010	Außenanlage Kita Am Kaiserberg	-80.000 A <i>Verpfl.ermächt</i> +80.000	
92	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009004 / 1372010200/ 0531010	Kunststoffbelag Bolzplatz Margarethenhütte	-90.000 A	
93	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009014 / 1372010200/ 0622010	Vorl. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	+4.800 A	
94	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009018 / 1372010200/ 0561010	Ausbau Neugestaltung vorhand. Spielplätze	+30.000 A	
95	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009019 / 1372010200/ 0561010	Herrichten d. Außenanlagen v. Kindergärten	+15.000 A	
96	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009022 / 1372010200/ 0533010	Sanierung Sportplatz Launsbacher Weg	+12.500 A	
97	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009023 / 1372010200/ 0533010	Skateboardanlagen	+4.800 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD; SE: Linke/FW/BLG)
98	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009026 / 1372010200/ 0840010	Techn. Geräte und Ausstattungsgegenst. (Gartenamt - 67)	+8.000 A	
99	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009031 / 1372010200/ 0623010	Erstellen von Kleingrünanlagen	+5.700 A	
100	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009033 / 1372010200/ 0614010	Wegverbindung Haufstr./Eisenbahn- brücke	+10.000 A	

101	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009039 / 1372010200/ 0622010	Ausgleichsmaßnahmen Baugeb. Langer Strich	+15.000 A	
102	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009040 / 1372010200/ 0622010	Bepflanzung öffent- liche Grundstücke	+30.000 A	
103	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009045 / 1372010200/ 0614010	Spielplatz Nordanlage	+15.000 A	
104	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009046 / 1372010200/ 0614010	Umgestaltung Quartiersplatz L- Frech/Menzelstraße	+4.650 A	
105	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009055 / 1374010200/ 0840010	Erwerb bewegl. techn. Geräte Friedhöfe	+6.500 A	
106	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009060 / 1372010200/ 0561010	Einfriedung Außenanlage Unterer Hardthof	+10.000 A	
107	Frakt. CDU/GR/FDP STV/2173/2008	672009061 / 1373010300/ 0614010	Fuß/Radweg zw. Bahnhof und Lahnstraße	+1.000 A	Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/ FW/BLG; StE: Linke)
108	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009063 / 1372010200/ 0561010	Einzäunung Verkehrsschule Ringallee	+28.000 A	
109	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009064 / 1373010300/ 0622010	Aufwertung der Wieseck	+700.000 A	
110	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009065 / 1372010200/ 0561010	Neuanlage Bolzplatz Petersweiher	+50.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke; StE: FW/BLG)
111	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009066 / 1372010200/ 0561010	Spielplatz Friedrich-Feld-Schule	+11.000 A	
112	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	672009067 / 1372010200/ 0622010	Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Riehlweg	+1.600 A	
113	Linke.Fraktion STV/2139/2008	672009068 / 1372010200/ 0533010	Sanierung Freizeitsportanlagen	+200.000 A	Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/ FDP/FW; Ja: Linke/BLG)
114	Mag.änderungsliste 1 STV/2112/2008	1682010100/ 1618010	Gewährung von Wohnungsbaudarlehe n	+100.000 A	Mehrheitl. zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke/BLG; StE: FW)
115	OBR Wieseck von FW-Fraktion übernommen		Erwerb altes Flughafen- empfangsgebäude für museale Zwecke		Mehrheitl. abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/FW/BLG; StE: Linke)

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, stellt folgenden neuen **Antrag** zum Haushalt 2009: „Der Magistrat wird aufgefordert, im Haushalt 2009 1.000 Euro zur Herstellung von Informationsmaterial der Initiative Arbeiterkind.de einzustellen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, trägt für den Ältestenrat folgenden **Antrag** (STV/2233/2009) zum Haushalt 2009 vor:
„Die nach der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige in der Stadt Gießen vorgesehenen Haushaltsmittel sind um 60.000 Euro zu erhöhen.“

Stv. Scherer erläutert, zur Erhöhung der Aufwandsentschädigungen sei eine Änderung der einschlägigen Satzung notwendig. Diese Änderung werde in der nächsten Sitzungsrunde beantragt. Heute sei aber über die haushaltmäßige Grundlage zu entscheiden.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Grabe-Bolz, Janitzki, Koch-Michel, Heiner Geißler, Dr. Deetjen, Beltz und Möller.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GF/FDP/FW; Nein: SPD/Linke; StE: BLG).

Es erfolgt eine Sitzungspause von 19:20 bis 19:50 Uhr.

3.2. 3. Lesung

**Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2009
- Antrag des Magistrats vom 01.10.2008 -**

STV/1954/2008

Antrag:

„1. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2009 wird gemäß §§ 114a ff. HGO beschlossen. Der Haushalt, der aus Gesamthaushalt, Teilhaushalten und Stellenplan besteht, schließt

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 158.787.440,00 €

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 185.218.431,00 €

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 0,00 €

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 0,00 €

mit einem Fehlbedarf von 26.430.991,00 €

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und - 14.383.341,00 €

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	24.649.443,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	40.615.810,00 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	15.966.367,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	13.375.000,00 €
mit einem Finanzmittelfehlbedarf von	27.758.341,00 €

ab.

2. Das dem Haushaltsplan 2009 beigefügte Investitionsprogramm gem. § 114h III HGO wird beschlossen.
3. Die im Haushaltsplan 2009 enthaltene Ergebnis- und Finanzplanung gem. § 114h I HGO wird zur Kenntnis genommen.“

Zur 3. Lesung sprechen **Stv. Koch-Michel**, Bürgerliste Gießen, **Stv. Zippel**, FW-Fraktion, **Stv. Janitzki**, Linke.Fraktion, **Stv. Grabe-Bolz**, SPD-Fraktion, **Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, **Stv. Dr. Deetjen**, Fraktion B'90/Die Grünen und **Stv. Möller**, CDU-Fraktion.

Die Reden sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke/BLG; StE: FW).

Stadterordnetenvorsteher Gail ruft die Tagesordnungspunkt 4 und 4.1 gemeinsam zur Beratung auf. Die Beschlussfassung zu STV/2195/2009 erfolgt vor derjenigen zu STV/2017/2008.

Teil A (Vorlagen des Magistrats, die Aussprache ist möglich):

**4. Strategieentwicklung zur Großgewerbefläche Lützellinden STV/2017/2008
- Antrag des Magistrats vom 08.01.2009 -**

Antrag:

- „1. Der empfohlenen Handlungsstrategie für die Entwicklung der gewerblichen Großfläche mit einer ersten Ausbaustufe von ca. 25 ha Größe - in Gegenlage der Autobahnanschlussstelle Gießen-Lützellinden - wird zugestimmt.
2. Die einleitenden Planungsschritte einschließlich der bodenordnungsrechtlichen Verfahrensdurchführung werden zunächst in der hoheitlichen Eigenverantwortung der Universitätsstadt Gießen in Angriff genommen.“

Stv. Zippel, FW-Fraktion, erachtet die Verkleinerung der gewerblichen Großfläche auf die Größe der von der Stadt erworbenen 25 Hektar sowie die beabsichtigte Zusammenlegung und Entwicklung als sinnvoll. Er äußert, dass der Antrag der FW-Fraktion (STV/2195/2009) vor der Magistratsvorlage (STV/2017/2009) vorgelegt wurde und beantragt deshalb, auch in dieser Reihenfolge abstimmen.

Stv. Beltz, Linke-Fraktion, kritisiert die Entwicklung der Großgewerbefläche Lützellinden aus ökonomischen und ökologischen Gründen und spricht sich dafür aus, freiwerdenden Konversionsflächen wie die des ehemaligen US-Depots für Gewerbeansiedlung zu nutzen.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, betont, dass die Entscheidung über die Magistratsvorlage von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Gießen und ebenso von großer Bedeutung für die Entwicklung des Stadtteils Lützellinden sei. Da in seiner Fraktion der Abwägungsprozess noch nicht abgeschlossen sei und noch zu viele Fragen offen seien, wünsche er sich eine Verschiebung der Entscheidung um eine Sitzungsrunde. Eine ordentliche Beratung sei noch nicht möglich gewesen.

Stv. Zörb, CDU-Fraktion, bewertet die Magistratsvorlage als gut, da sie sich den veränderten Gegebenheiten stelle. Es werde einerseits sorgsam mit den Flächen umgegangen, andererseits aber auch alle Optionen offen gehalten, Arbeitsplätze zu schaffen.

Stv. Koch-Michel, BLG; beantragt, die Vorlage um folgende Punkte zu ergänzen:

- „3. Die Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für den Entwicklungsbereich westlich von Lützellinden, STV/1077/2000, wird aufgehoben.
4. Solange die Flächen im Gewerbegebiet „Rechtenbacher Hohl“ noch nicht vollständig vermarktet sind, werden keine planungsrechtlichen Schritte im Gebiet der gewerblichen Großfläche Gießen-Lützellinden unternommen.“

Stadtrat Rausch sagt, die im Magistratsantrag genannte Fläche von 25 Hektar solle lediglich planungsrechtlich entwickelt werden und erst dann zu einer Vermarktung gebracht werden, wenn das Gewerbegebiet „Rechtenbacher Hohl“ von Investoren besiedelt sei. Er spricht sich gegen die beantragten Ergänzungen der BLG aus. Die planungsrechtliche Entwicklung sei wichtig, um die bereits von der Stadt erworbene Fläche zu nutzen und im Bedarfsfall nicht in Zeitverzug zu geraten.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, spricht ebenfalls gegen den Ergänzungsantrag. Der Magistrat müsse die planungsrechtlichen Schritte einleiten können und für eine Aufhebung des Vorkaufsrechtes sei es noch zu früh.

Stv. Koch-Michel, BLG, äußert die Befürchtung, dass – trotz der Zusage des Stadtrates Rausch – vor der vollständigen Vermarktung des Gewerbegebietes „Rechtenbacher Hohl“ bereits Gewerbe in der zur Entwicklung beantragten Fläche von 25 Hektar angesiedelt werden könnte, falls letztere Fläche für einen Investor passender oder genehmer sei als die Fläche „Rechtenbacher Hohl“. Sie schließt mit den Worten: *„Und eins, Herr Stadtrat Rausch: Glauben Sie ja nicht, dass die Menschen in Lützellinden so dumm sind zu glauben, was Sie gerade sagen.“*

Die darauf folgenden Ausführungen des **Stv. Zippel**, FW-Fraktion, werden auf Antrag der Stv. Koch-Michel wörtlich protokolliert:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich hoffe, dass mein Auftreten insgesamt wieder etwas sachlicher ist als das meiner Vorrednerin. Ich werde mich auch nicht so ereifern. Aber ich muss auch an dieser Stelle eins ´mal ausdrücklich sagen: Das, was Frau Koch-Michel hier betreibt, ist ein Spiel mit den Ängsten der Lützellindener, das so durch nichts gerechtfertigt ist.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir einen Prüfungsantrag gestellt haben. Und zu einem Prüfungsantrag bedarf es keiner ultima ratio mit Forderungen, so wie Sie das jetzt gestellt haben. Wir haben eben hier klipp und klar und deutlich gehört, dass wir unter Umständen kein Vorkaufsrecht mehr brauchen. Dann, wenn es der Fall ist. Ich kenne mich in dieser Materie nicht so genau aus, das billige ich jetzt hier so ad hoc einfach zu, dafür ist die Zeit mir auch hier zu knapp, um das nachzulesen noch ´mal, was in dem Stadtverordnetenbeschluss 1077/2000 steht. Aus diesem Grund werden wir uns bei diesem einen Punkt des Antrags enthalten.

Aber den Punkt 4, den lehnen wir nach wie vor ab. Man muss doch einfach ´mal ganz klar sehen: Wir brauchen an dieser Stelle ein Umlegungsverfahren. Wir brauchen an dieser Stelle eine Fläche, die dann für den Fall, und so hat es Stadtrat Rausch eben noch ´mal ausführlich gesagt, wenn die Rechtenbacher Hohl komplett bebaut worden ist, dass man dann darauf zurückgreifen kann. Dies schließt nicht aus, und das ist ja nur ein erster Schritt, dass es dazu eines Einleitungsverfahrens bedarf – und mehr und anderes nicht. Das sind die 25 Hektar, um die es jetzt geht, die aber mit Sicherheit in den nächsten Jahren, vielleicht auch noch in den nächsten 10 Jahren, überhaupt nicht bebaut werden. Wir reden hier um Dinge, da werden die meisten von uns überhaupt nicht mehr in diesem Parlament sitzen, wenn es soweit ist. Das muss man sich vor Augen führen. Hier werden Ängste geschürt mit Dingen, die so kurzfristig überhaupt nicht zu realisieren sind. Und hier wird mit etwas um sich geworfen, nur damit man vielleicht die eine oder andere Stimme in Lützellinden noch holt. Und das ist einfach durch nichts zu rechtfertigen. Danke.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich plädiert dafür, der Magistratsvorlage zuzustimmen und dem Umland den Eindruck zu vermitteln, die Stadt Gießen sei durchaus entscheidungs- und handlungsfähig.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, entgegnet, der Magistrat habe nicht dargelegt, warum bei der Verschiebung der Entscheidung um eine Sitzungsrunde Gefahr im Verzuge sei. Es handele sich hier um die grundsätzliche Umorientierung des Planungsziels.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Krieger und Dr. Deetjen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail berichtet, dass die FW-Fraktion im HFWR-Ausschuss beantragt habe, in Punkt 1 der Magistratsvorlage die Worte „mit einer ersten Ausbaustufe“ herauszunehmen.

Beratungsergebnis:

- Der Änderungsantrag der FW-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: FW; StE: SPD/Linke/BLG).
- Punkt neu 3 des Ergänzungsantrags der BLG wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: Linke/BLG; StE: SPD/FW).
- Punkt neu 4 des Ergänzungsantrags der BLG wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: Linke/BLG; StE: SPD).
- Die Magistratsvorlage wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: Linke/BLG; StE: SPD).

4.1. Prüfantrag für ein neues Konzept Großgewerbefläche Gi- Lützellinden STV/2195/2009
- Antrag der FW-Fraktion vom 12.01.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen wie durch ein neues Konzept die bisher für ein Großgewerbe vorgesehene Fläche in Gießen-Lützellinden so verändert werden kann, dass dies einerseits den berechtigten Interessen der Lützellindener gerecht wird, andererseits die Möglichkeit beinhaltet, die bisher ausgewiesenen Gewerbeflächen südlich der L 3054 auch nördlich der L 3054 bei Bedarf zu erweitern. Dabei soll von einem Großinvestor Abstand genommen werden, und durch eine deutliche Verkleinerung der bisher vorgesehenen Fläche die Ansiedlung von kleinflächigen Gewerbeansiedlungen ermöglicht werden.“

Stadtverordnetenvorsteher Gail trägt vor, dass der Antrag im HFWR-Ausschuss zu folgendem Wortlaut geändert wurde:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob und wie durch ein neues Konzept die bisher für ein Großgewerbe vorgesehene Fläche in Gießen-Lützellinden so verändert werden kann, dass dies einerseits den berechtigten Interessen der Lützellindener gerecht wird, andererseits die Möglichkeit beinhaltet, die bisher ausgewiesenen Gewerbeflächen südlich der L 3054 auch nördlich der L 3054 bei

Bedarf zu erweitern.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: BLG; StE: Linke).

5. **Modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Wohnbau Gießen GmbH zur Mitfinanzierung der Sanierungsmaßnahme in Gießen, Spitzwegring 1 - 3** **STV/2095/2008**
- Antrag des Magistrats vom 05.12.2008 -
-

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen übernimmt modifizierte Ausfallbürgschaften für zwei Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an die Wohnbau Gießen GmbH in Höhe von

399.000,00 EUR aus dem KfW-CO2-Gebäudesanierungsprogramm

525.000,00 EUR aus dem KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm

zur Mitfinanzierung der Sanierungsmaßnahme in Gießen, Spitzwegring 1 - 3. Als einmaliges Bearbeitungsentgelt wird ein Betrag von 1,0 % der Bürgschaftssumme festgesetzt, zahlbar bei Auszahlung der Kredite.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

6. **Modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Wohnbau Gießen GmbH zur Mitfinanzierung der Sanierungsmaßnahme in Gießen, Trieb 10 + 12** **STV/2101/2008**
- Antrag des Magistrats vom 08.12.2008 -
-

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen übernimmt modifizierte Ausfallbürgschaften für zwei Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an die Wohnbau Gießen GmbH in Höhe von

450.000,00 EUR aus dem KfW-CO2-Gebäudesanierungsprogramm

580.000,00 EUR aus dem KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm

zur Mitfinanzierung der Sanierungsmaßnahme in Gießen, Trieb 10 + 12. Als einmaliges Bearbeitungsentgelt wird ein Betrag von 1,0 % der Bürgschaftssumme festgesetzt, zahlbar bei Auszahlung der Kredite.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

7. **Modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Wohnbau Gießen GmbH zur Mitfinanzierung der Sanierungsmaßnahme in Gießen, Ederstraße 33 - 35 - Antrag des Magistrats vom 08.12.2008 -** **STV/2102/2008**
-

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen übernimmt modifizierte Ausfallbürgschaften für zwei Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an die Wohnbau Gießen GmbH in Höhe von

479.000,00 EUR aus dem KfW-CO2-Gebäudesanierungsprogramm

1.037.000,00 EUR aus dem KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm

zur Mitfinanzierung der Sanierungsmaßnahme in Gießen, Ederstraße 33 - 35. Als einmaliges Bearbeitungsentgelt wird ein Betrag von 1,0 % der Bürgschaftssumme festgesetzt, zahlbar bei Auszahlung der Kredite.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

8. **Modifizierte Ausfallbürgschaften zugunsten der Wohnbau Gießen GmbH zur Mitfinanzierung der Sanierungsmaßnahme in Gießen, Ludwigsplatz 11 - Antrag des Magistrates vom 08.12.2008 -** **STV/2105/2008**
-

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen übernimmt modifizierte Ausfallbürgschaften für zwei Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an die Wohnbau Gießen GmbH in Höhe von

1.540.000,00 EUR aus dem KfW-CO2-Gebäudesanierungsprogramm

4.103.000,00 EUR aus dem KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm

zur Mitfinanzierung der Sanierungsmaßnahme in Gießen, Ludwigsplatz 11. Als einmaliges Bearbeitungsentgelt wird ein Betrag von 1,0 % der Bürgschaftssumme festgesetzt, zahlbar bei Auszahlung der Kredite.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

9. **Benennung von Straßen - Antrag des Magistrats vom 12.01.2009 -** **STV/2121/2008**
-

Antrag:

„1. Der im beigefügten Planauszug (Anlage 1) entsprechend gekennzeichnete Straßenabschnitt wird mit „Konstantinbader Straße“ benannt.“

2. Der im beigefügten Planauszug (Anlage 2) gekennzeichnete Bereich wird mit „Riversplatz“ benannt.
3. Die zur Erschließung der ehemaligen Dulles-Siedlung erforderlichen Straßen werden entsprechend der Nummerierung im beiliegenden Planauszug (Anlage 3) wie folgt umbenannt:
 - 3.1 Rooseveltstraße
 - 3.2 Washingtonstraße
 - 3.3 Lincolnstraße
 - 3.4 Fröbelstraße
 - 3.5 Hannah-Arendt-Straße
4. Die zur Erschließung der ehemaligen Marshall-Siedlung erforderlichen Straßen werden entsprechend der Nummerierung im beiliegenden Planauszug (Anlage 4) wie folgt bezeichnet:
 - 4.1 Jacksonstraße
 - 4.2 Clevelandstraße
 - 4.3 Marshallstraße
 - 4.4 Kapellenstraße
 - 4.5 Monroestraße.“

Stv. Küster, CDU-Fraktion, führt aus, dass der Magistratsantrag der Meinung des Beirats zur Benennung von Straßen und Plätzen entspreche. Der unter Punkt 1 des Antrags genannte Name „Konstantinbader Straße“, der im HFWR-Ausschuss diskutiert wurde, stehe wie die benachbarten „Franzensbader Straße“ und „Marienbader Straße“ im Zusammenhang böhmischer Badeorte.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, spricht dagegen, dass der Name „Konstantinbader Straße“ zu lang für die kleine Straße sei, so dass er auf den Stadtplänen nur abgekürzt erscheinen könne. Weiterhin sei der Ort heute kein Badeort mehr und trage einen tschechischen Namen. Es sei nicht mehr zeitgemäß, an das deutsche Böhmen zu erinnern. Dies entspreche mehr dem konservativen Geist der Vertriebenenverbände.

Stv. Janitzki beantragt, den Namen „Lidice Straße“ zu wählen. Lidice liege auch in Böhmen und die Erinnerung an die dortigen Vorkommnisse während der NS-Herrschaft sei zeitgemäß.

Beratungsergebnis:

- Der Änderungsantrag der Linke.Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/Teile der SPD/GR/FDP/FW; Ja: Teile der SPD/Linke/BLG).
- Die Magistratsvorlage wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: Linke/BLG).

10. Bebauungsplan GI 04/24 "Veterinärklinik"; STV/1928/2008
hier: Entwurfsbeschluss für den Teilplan I und Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 18.12.2008 -

Antrag:

- „1. Der in der Anlage beigefügte Bebauungsplan GI 04/24 „Veterinärklinik I“ sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hess.Bauordnung HBO) werden mit seinem gegenüber dem Einleitungsbeschluss reduzierten Plangeltungsbereich als Entwurf beschlossen. Die Begründung zum Planentwurf wird beschlossen.
2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie parallel die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, ist während der Behandlung des TOP 11 nicht im Sitzungssaal anwesend.

11. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. GI 01/29 "An der Alten Post"; STV/2039/2008
hier: Einleitungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 12.01.2009 -

Antrag:

- „1. Der von der Firma H. Schenk GmbH, Elz mit Schreiben vom 31.10.2008 beantragten Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (Anlage 1,3 und 4) wird gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zugestimmt.
2. Für den in der Anlage 2 dargestellten Plangeltungsbereich mit den Flurstücken Flur 6 Nr. 131/11, 90/4 und 131/15 teilweise in der Gemarkung Gießen (Stand Januar 2009) wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 12 BauGB die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes eingeleitet.
3. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 3a Abs. 3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Der Magistrat wird ermächtigt, die Offenlegung und die Behördenbeteiligung ohne einen gesonderten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/Linke/FDP/FW; StE: BLG).

12. **Aufstellung des Bebauungsplans SCH 08/01 "Erweiterung - Firma Bieber";** **STV/2176/2008**
hier: 1. Entwurfsbeschluss
2. Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 22.12.2008 -
-

Antrag:

- „1. Der Bebauungsplan Nr. SCH 08/01 ‚Erweiterung Bieber‘ mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan, den textlichen Festsetzungen und der Begründung sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplanentwurf integrierten Bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung werden als Entwurf beschlossen.
2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

13. **Aufstellung des Bebauungsplans GI 03/11** **STV/2177/2008**
"Professoreneck-Mitte";
hier: **Satzungsbeschluss**
- Antrag des Magistrats vom 22.12.2008 -
-

Antrag:

- „1. Die von den Bürgerinnen und Bürgern sowie Behörden im Rahmen der Entwurfs-offenlegung nach den § 3 Abs 2 und § 4 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) vorgebrachten Anregungen wurden gemäß § 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft und werden mit dem in der Anlage 1 dargestellten Ergebnis beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. GI 03/11 ‚Professoreneck-Mitte‘ mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan, den textlichen Festsetzungen und der Begründung sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplanentwurf integrierten bauordnungsrechtlichen Gestaltungsvorschriften nach § 81 Hessische Bauordnung werden als Satzung beschlossen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss zum Bebauungsplan ortsüblich bekanntzumachen (§10 Abs. 3 BauGB).“

Stv. Koch-Michel, BLG, gibt folgende Stellungnahme zu Protokoll:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, der Magistrat hat in gewohnter Manier die Bedenken und Anregungen der Bürger zur Kenntnis genommen in dieser Vorlage und fast wie gewohnt abgewogen mit dem Ergebnis, wie es uns heute vorliegt. Selbstverständlich befindet sich die Vorlage im rechtlichen Rahmen und die dort ansässige Firma hat alle Möglichkeiten ihrer weiteren Ausweitung in Anspruch genommen. Es ist ihr

gutes Recht.

Meine Damen und Herren, hier vermisste ich jedoch ein Abwägen zwischen den Interessen der Firma und der dort ansässigen Bevölkerung im Wohnumfeld. Wenn man sich die Bedenken ansieht, kann man rasch erkennen, dass sich die künftige Ausweitung in erheblichem Maße auf die bestehende Wohnstruktur und Wohnqualität auswirken wird. Nicht ohne Grund hat sich der Magistrat für die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem heutigen Satzungsbeschluss entschlossen. Fügten sich doch bisherige Vorhaben in das überwiegend geprägte Wohnquartier nach § 34 Baugesetzbuch in die nähere Umgebung ein. Mit dem zukünftig geplanten Vorhaben wäre dieses nicht mehr umsetzbar. Hier hätte der Magistrat andere Lösungsansätze suchen müssen und können.

Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass der Magistrat in bekannter Bürgerferne über das Wohlergehen der Bürgerschaft entscheidet. Dieser Entscheidung wird die Bürgerliste nicht zustimmen. Und ich bitte, meine Ausführungen zu Protokoll zu nehmen.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: BLG; StE: Linke).

**14. Bebauungsplan WI 06/10 "Oberlachweg"; STV/2181/2009
hier: Einleitungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 08.01.2009 -**

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 2 dargestellten Plangeltungsbereich mit den Flurstücken in der Gemarkung Wieseck, Flur 6 Nr. 6/5 bis 12, Nr. 131/6, Nr. 131/9 bis 12, Nr. 131/6, Nr. 128/2, Nr. 118/4, Nr. 4/9 bis 12 und Nr. 5/5 in der Gemarkung Gießen (Stand Januar 2009) wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB eingeleitet. Der Bebauungsplan trägt die Nummer WI 06/10 und die Bezeichnung ‚Oberlachweg‘.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.“

Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, über das Stöhnen einiger Mitglieder kann ich nur sagen: Ich muss ja auch die 150 Euro jeden Monat erarbeiten.

Wenn ich mir das Abstimmungsergebnis im Ausschuss ansehe, bin ich, gelinde gesagt, mehr als erstaunt über die Zustimmung zu dieser Vorlage. Ist sie doch ein weiterer Beweis der Unfähigkeit, eine gesamt umfassende städtebauliche Entwicklungsmaßnahme zu erarbeiten

In der Vorlage wird auf die sich abzeichnenden Veränderungen der

Nutzungsstrukturen hingewiesen. Mit dieser Vorlage werden doch eben erhebliche Veränderungen geschaffen. Ich kann nicht erkennen, welche positive Auswirkung die Ansiedlung eines Erotikfachmarktes mit Kinokabinen und weiteren Spielhallen haben soll. Da stellen sich doch erhebliche Bedenken ein zum näheren Umfeld der Wohnumgebung. Ja, soll damit etwa die Möglichkeit des Einkaufens bei einem Discounter verbunden sein mit dem Besuch bei einer der Spielhallen? Und wenn das städtebauliche Ziel, die Standortoptimierung, in einer Ausweisung der beschriebenen Ansiedlung besteht, dann nenne ich das nicht eine Qualitätssteigerung für das Gebiet, sondern hier wird leichtfertig die Chance von besseren Ansiedlungen beziehungsweise Erweiterungen von bestehenden Betrieben vertan.

Während man sich in anderen, angrenzenden Kommunen - einstimmig quer durch alle politischen Lager - mutig gegen die weitere Ansiedlung von Spielhallen ausspricht, scheint sich dieser Magistrat ohne große Bedenken über das Ausmaß der Schädigung dieser angeblichen Freizeiteinrichtungen hinwegzusetzen. Wir haben in dieser Stadt schon genügend dieser Einrichtungen. Warum also ohne Not noch weitere genehmigen? Die Bürgerliste wird dieser Vorlage nicht zustimmen und auch das zu Protokoll geben."

Stv. Beltz, Linke.Fraktion, entnimmt in einer konstruktiven Deutung der Vorlage, dass ein Hotel mit Unterhaltungsbereich, beispielweise für Dichterlesungen und Konzerte, errichtet wird. Es werde sicher einiges für die kulturelle Vielfalt getan in Querverbindung zum Kulturrathaus. Der neue Kulturbeauftragte werde seine Aufgabe in diesem Spannungsbogen wahrnehmen. – Sollte aber entgegen dieser Deutung eine Konkurrenz zu Pohlheim-Garbenteich geschaffen werden, könne er verstehen, dass Gießen als Oberzentrum Arbeitsplätze verlagern möchte frei nach dem Motto: „Erlaubt ist, was gefällt.“ (Goethe, Torquato Tasso)

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist daraufhin, dass eine korrigierte Fassung des Magistratsantrags mit der Vorlagennummer „STV/2181/2009 neu“ auf die Plätze der Stadtverordneten verteilt sei. Über diesen Antrag werde nun abgestimmt.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: BLG; StE: Linke).

**15. Zweite Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung STV/2180/2009
- Antrag des Magistrats vom 07.01.2009 -**

Antrag:

"Der Satzungsentwurf aus Anlage 1 wird als Satzung beschlossen."

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist daraufhin, **dass der Magistrat die Satzung in § 4 um folgenden Absatz 5 ergänzt:** „Sind nach der Satzung mehr als 20

Abstellplätze zu schaffen, sind 25 Prozent mit einer Überdachung zu versehen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache ergänzt einstimmig beschlossen.

Teil B (Anträge der Fraktionen, die ohne Aussprache behandelt werden):

16. Standvergabe auf dem Wochenmarkt **STV/2192/2009**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 07.01.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat möge über die Beschickung des Wochenmarktes berichten, wie viele Stände mit welchem Warensortiment an welche Beschicker vergeben sind. Zusätzlich soll die Aufstellung aufgeschlüsselt nach Direktvermarktern und Direktvermarkter mit anerkanntem Öko-Siegel sein.“

Stadtverordnetenvorsteher Gail berichtet, dass der Antrag im HFWR-Ausschuss **zu folgendem Wortlaut geändert wurde:**

„Der Magistrat möge über die Beschickung des Wochenmarktes berichten, wie viele Stände mit welchem Warensortiment an welche Beschicker vergeben sind. Zusätzlich soll die Aufstellung aufgeschlüsselt nach Direktvermarktern und Direktvermarktern mit anerkanntem Öko-Siegel **sowie Händlern, die Produkte nach der EG-Öko-Verordnung verkaufen, sein. Außerdem wird der Magistrat gebeten zu prüfen, ob eine Liste erstellt werden kann über Bewerber um einen Standplatz auf dem Wochenmarkt, die Ökoprodukte, d. h. Produkte, die der EG-Öko-Verordnung oder den Anforderungen von Bioland, Demeter etc. entsprechen, anbieten.**“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

17. Zahlungen für die Müllentsorgung **STV/2194/2009**
- Antrag der FW-Fraktion vom 08.01.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu berichten, wie sich auf Basis des Kreistagsbeschlusses vom 15.12.2008 die Zahlungen der Stadt Gießen an den Landkreis Gießen bezüglich des Verwaltungsanteils an der Müllentsorgung auswirken werden.

Außerdem soll berichtet werden, wie sich das Restmüllaufkommen in der Stadt Gießen bisher entwickelt hat, und wie sich durch die zurückgehende Restmüllmenge in der Stadt Gießen die voraussichtlich zu zahlende Gesamtsumme für 2009 an den Landkreis Gießen verändern wird.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

18. Berichts Antrag zu den Abfallgebühren der Stadt Gießen STV/2199/2009
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.01.2009 -

Antrag:

„Die neue Abfallsatzung der Universitätsstadt Gießen trat zum 1. Juli 2008 in Kraft. Ihre Ziele waren, u. a. die Reduzierung des Restmülls und Mehreinnahmen (Zitat aus der Begründung der Satzungsänderung: ‚Bereits für 2008 fehlen ca. 500 000 €, ..‘) zu erreichen.

1. Bitte berichten Sie, ob und wie die Ziele der geänderten Satzung und ob Ihre Prognose der Abfallgebühren 2008 erreicht worden sind.
2. Wie hoch war die Menge an Restmüll, die a) im ersten Halbjahr 2008 und b) im zweiten Halbjahr 2008 angefallen ist?
3. Wie hoch waren die Einnahmen durch die Abfallgebühren a) für das erste Halbjahr 2008 und b) für das zweite Halbjahr 2008?
4. Bitte geben Sie eine Übersicht der im 2. Halbjahr 2008 erzielten Abfallgebühren - aufgeschlüsselt nach den einzelnen Behältergrößen und Leerungsrythmen - im Vergleich zu der Prognose der Abfallgebühren für das 2. Halbjahr 2008, die Sie mit Beantwortung der Anfrage 1784/08 vorgelegt hatten.
5. a) Wie viele der größere Biotonnen (240 l) bleiben, und b) wie viele Anträge auf kleinere Biotonne (120 l) ab 1.7.08 wurden gestellt?
6. Wie hoch war die Menge an Bio-Abfall a) im ersten Halbjahr und b) wie hoch im zweiten Halbjahr 2008?
7. Wie sieht die Entwicklung der Restmüllreduzierung und der gezahlten Abfallgebühren bei den größeren Wohneinheiten (ab ca.30 Bewohner) im Vergleich des ersten mit dem zweiten Halbjahr 2008 aus?
8. Bitte berichten Sie über den Stand der Auseinandersetzung mit dem Landkreis Gießen hinsichtlich der Abrechnungen der Abfallgebühren und Nachforderungen?“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

19. Ausbildungssituation bei der Stadt Gießen und ihren STV/2197/2009
Gesellschaften
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen möge berichten:

1. Wie viele Ausbildungsplätze hat es jeweils bei der Stadt Gießen im Jahr 2005, 2006, 2007, 2008, 2009 (voraussichtliche Zahlen) gegeben. In welchen Berufen erfolgt eine Ausbildung? Welche zukünftige Entwicklung ist bei den

Ausbildungsplätzen (Anzahl und Berufe) beabsichtigt?

2. Wie sehen die entsprechenden Zahlen bei den städtischen Gesellschaften, insbesondere Stadtwerke AG, Wohnbau und Mieterservice, aus?“

Die SPD-Fraktion ergänzt den ersten Satz ihres Antrags, so dass dieser lautet:
„Der Magistrat der Stadt Gießen möge **bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung** berichten:“

Beratungsergebnis: Ergänzt ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

20. Ulenspiegel - rechtzeitige Information bei erneuter Verkaufabsicht **STV/2198/2009**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, bei erneuten Aktivitäten zum Verkauf des Ulenspiegel-Ensembles rechtzeitig, d. h. vor Annoncierung, das Stadtparlament über den Zeitpunkt und die Ausschreibung zu informieren.“

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen (Ja: SPD/Linke/FW/BLG; StE: CDU/GR/FDP).

21. Berichts Antrag zum neuen Rathaus **STV/2201/2009**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.01.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen möge zu den folgenden Fragen berichten:

1. Welche Teile der Stadtverwaltung werden Platz im neuen Rathaus finden?
2. Welche Teile der Stadtverwaltung werden keinen Platz im neuen Rathaus haben und wo werden sie zu finden sein?
3. Wie viele Räume und wie viel Quadratmeter hatte die Polizeistation im alten Stadthaus?
4. Wie viele Räume und wie viel Quadratmeter hat die Polizeistation im neuen Rathaus?
5. Wie viele Räume und wie viel Quadratmeter bekommt das Polizeipräsidium bzw. -direktion im neuen Rathaus?
6. Wird der Kreistag definitiv im Sitzungssaal des neuen Rathauses tagen? Wann findet in diesem Jahr die erste Sitzung des Kreistages dort statt?“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

- 22. Projektliste für das "Sonderinvestitionsprogramm" des Landes Hessen** **STV/2200/2009**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2009 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, das Stadtparlament in der nächsten Sitzung darüber zu informieren welche Maßnahmen im Rahmen des Sonderprogrammes des Landes Hessen finanziert werden sollen.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail gibt den Vorsitz an die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin Greilich ab.

Teil C (Anträge der Fraktionen, die *mit* Aussprache behandelt werden):

- 23. Termin Oberbürgermeisterwahl 2009** **STV/2204/2009**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 13.01.2009 -
-

Antrag:

„Der Wahltag für die Oberbürgermeisterwahl der Universtätsstadt Gießen wird gemäß §2 und §42 Hessisches Kommunalwahlgesetz (HKWG) auf Sonntag, den 07.06.2009 - Tag der Europawahl - festgesetzt.

Als Wahltag für eine mögliche Stichwahl wird Sonntag, der 21. 06.2009 festgesetzt. Der durch die Stadtverordnetenversammlung bestimmte besondere Wahlleiter wird gebeten, alle notwendigen Vorbereitungen zur Durchführung der Oberbürgermeisterwahl zu treffen, insbesondere die Bildung des Wahlausschusses, die Bekanntmachung des Wahltages und die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.“

Stv. Möller, CDU-Fraktion, führt aus:

„Frau Vorsteherin, meine Damen und Herren, wir haben durch die Öffentlichkeit mitbekommen, dass es abweichende Meinungen gibt, wann der Wahltag für die Oberbürgermeisterwahl in Gießen stattfinden soll. Wir haben über die Zeitung auch mitbekommen, dass über alle Lager hinweg Einigkeit dahin besteht, dass die Oberbürgermeisterwahl zusammen mit der Landratswahl erfolgen soll. Das beides muss jetzt in Einklang gebracht werden, auch wenn es schwer ist. Deshalb möchte ich zunächst neutral über beide denkbaren Alternativen, also den 27. September und den 7. Juni, kurz zusammenfassend darstellen, wie ich die Argumentation auf beiden Seiten wahrgenommen habe.“

Kriterien sind genannt worden beim Punkt Wahlbeteiligung, beim Punkt

Kandidatenpositionierung, bei der Positionierung der Stadt Gießen, das Zusammenlegen mit einer übergeordneten Wahl, das Zusammenlegen mit der Landratswahl, infolge dessen die Zusammenlegung mehrerer anstehender Bürgermeisterwahlen im Landkreis Gießen mit der dann gefundenen gemeinsamen Wahlterminierung. Soweit meine Wahrnehmung, ich glaube, das ist bisher ziemlich wertneutral.

Zum Thema Wahlbeteiligung: Richtig ist, dass im Rahmen einer Bundestagswahl die Beteiligung erheblich höher ist als bei den meisten anderen Wahlen. Richtig ist aber auch, dass die Menschen, die zur Bundestagswahl gehen, primär dahin gehen, weil dort die Bundestagswahl stattfindet. Und ich glaube schon, dass das Amt des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin ein herausragendes Amt ist für die Stadt und darüber hinaus, und wir deshalb es auch gewichten sollten, indem wir Wert darauf legen, dass die Menschen, die zur Wahl gehen, zur Wahl gehen, weil sie eine Entscheidung treffen wollen, wer an der Spitze des Magistrates in Zukunft stehen soll.

Das bedeutet, wir müssten die Wahlbeteiligung trennen von Wahltermin, sondern speziell darüber reden, wie schaffen wir es überhaupt, mehr Gießenerinnen und Gießener dazu zu bringen, explizit an dieser Wahl teilzunehmen. Das hat zur Folge, dass sich zumindest ´mal die Kandidatin und der Kandidat und die dazu gehörigen Parteien positionieren können und in der Öffentlichkeit gut wahrgenommen werden können mit eigenen Positionen, Facetten und Charakterstärken und –schwächen, wie auch immer.

Das wiederum schließt eigentlich nicht automatisch ein, dass man das an der Bundestagswahl machen muss. Wir sind anders der Meinung, dass eine Positionierung und eine Profilierung der Kandidaten am Tag der Wahl besser stattfinden kann, wenn dies nicht im Rahmen einer überregional bedeutsamen, von allen Medien breit begleiteten Bundestagswahl stattfinden würde. Deshalb sind wir der Meinung, dass dies im Rahmen des 7. Juni an der Europawahl besser stattfinden kann, alle Kandidaten, die antreten, mehr Möglichkeiten haben wahrgenommen zu werden, sei es an den Ständen im Straßenwahlkampf bei den Menschen vor Ort, in der Presse oder eben auch, um das Beispiel aufzugreifen vom letzten Wahlkampf, im Straßenwahlkampf im Rahmen von Plakatierung. Man stelle sich ´mal das Bild vor im Rahmen einer Bundestagswahl – wir stellen immer so 300 Plakate auf, Pi mal Daumen, ich weiß es ziemlich genau, weil ich die Bestellung unterschreiben muss, andere stellen vielleicht 500 auf, ich weiß es nicht und es spielt auch keine Rolle: dann stehen die Kandidaten quasi Merkel, Merkel, Merkel, Steinmeier, Steinmeier, Steinmeier, Kandidat, so läuft es in ganz Gießen ab. Wenn man dann noch von Profilierung sprechen will, das ist dann schon schwer nachzuvollziehen.

Jetzt möge sich jede Partei einmal vorstellen, man macht jetzt Wahlkampf an den Ständen. Es ist sehr wohl ein Unterschied, ob ich da stapelweise aus Berlin Material liegen habe und irgendwo dann mein Prospektchen, oder ob ich explizit für eine Kandidatin/für einen Kandidaten am Ort mit der Kraft der ehrenamtlich Tätigen werben kann, möglichst unbeeindruckt von überregionalen Fragen und Positionen. Deshalb ein weiterer Punkt für den Termin am 7. Juni und gegen den Termin im September.

Die Bedeutung der Oberbürgermeisterwahl für die Stadt Gießen ist herausragend. Wir sollten dem Rechnung tragen und es nicht untergehen lassen im Rahmen einer Wahl, wo die Menschen hauptsächlich und fast ausnahmslos auf Berlin schauen. Die Aussagen der beiden großen Volksparteien, die sich in dieser Frage benötigen bei der Zusammenlegung der OB-Wahl mit einer anderen Wahl, sind, glaube ich, in der Öffentlichkeit hinreichend bekannt und ausgetragen worden.

Wir haben eine Rechtslage, und diese Rechtslage wurde auch seitens des Landkreises eingeholt. Insofern sind wir auf dem gleichen Kenntnisstand. Die Rechtslage beschreibt, dass in einem Gremium eine Zwei-Drittel-Mehrheit beschließen muss, eine Wahl mit einer anderen übergeordneten Wahl zusammen zu legen. Und dass eine Zwei-Drittel-Mehrheit übrigens auch beschließen muss, eine Zusammenlegung stattfinden zu lassen mit einer nichtregionalen Wahl. Das bedeutet: Hätte der Landkreis zum jetzigen Zeitpunkt bereits einen Beschluss gefasst, bräuchten wir auch für die Zusammenlegung der OB-Wahl mit der fiktiv schon beschlossenen Landratswahl eine Zwei-Drittel-Mehrheit, egal, wann das wäre.

Das bringt uns heute Abend hier in eine ganz besondere Situation. Die Umlandgemeinden, der Landkreis, teilweise sind sie noch in der Diskussion wie beim Landkreis, teilweise haben sie Wünsche, aber viele und alle eigentlich warten darauf, dass ´mal irgendeiner anfängt und eine Position bezieht. Und ich finde, das ist heute der Punkt, wo wir als Stadtparlament, weil wir anscheinend die ersten sind, die sich mit dem Thema intensiv befassen, uns positionieren müssen, Orientierung zu geben, für alle anderen Wahlen, die im Landkreis Gießen stattfinden sollen inklusive der Landratswahl. Ich bin der Meinung, wir sind das der Öffentlichkeit schuldig, den eigenen Parteien schuldig, den Wahlkämpfern, den Organisationen schuldig und nicht zuletzt und vor allem auch den Kandidaten. Denn jeder, der einmal einen Wahlkampf geführt hat, weiß, wie lange man das im Voraus planen muss, was man sich überlegt und mit was man an die Menschen am besten kommt. Und das braucht einen gewissen Vorlauf, man muss immer wissen, wann fange ich eigentlich an und bis wohin muss ich schlichtweg ein Loch machen im Terminkalender. Das ist ein altes Spiel. Deshalb sind wir auch den Kandidaten gegenüber in einer Schuld, haben eine gewisse Schuld zu sagen, wir als Stadt Gießen nehmen den soundsovielten als OB-Wahltermin und den vierzehn Tage später stattfindenden Sonntag als Termin für eine etwaige Stichwahl.

Es gibt nun zwei Möglichkeiten bisher im Raume und dies ist deshalb heute bedeutsamer als noch vor vier oder fünf Stunden, denn nach meiner Kenntnis kommt aus den Reihen der Sozialdemokratie im Landkreis ein für uns interessantes Signal, nämlich wurde dort nach meinem Kenntnisstand erwähnt, dass für die Stadt Gießen der 7. Juni durchaus ein guter Wahltermin wäre. Das macht die Positionierung der SPD natürlich in der Stadt Gießen etwas schwierig, das weiß ich auch. Wenn aber die Landkreis-Sozialdemokratie bereits der Meinung ist, dass der 7. Juni für die Stadt Gießen als OB-Wahl ein guter Termin wäre, finde ich, dass unser Antrag in die richtige Richtung geht. Den 7. Juni und den 21. Juni als möglichen Stichwahl-Tag.

Alle Punkte, die ich vorhin darstellte bei der Abwägung der Argumente, sprächen, natürlich nach unserer Meinung, bis auf die hohe Wahlbeteiligung, für den Juni-Termin.

Ich finde, es ist ehrlicher, wenn wir uns nicht an einer Wahlbeteiligung orientieren, die ohnehin hoch ist, sondern dass wir uns einfach die Mühe geben, das Hauptkennungsmerkmal dieser OB-Wahl, die Wichtigkeit für diese Stadt und für die Zukunft der Stadt herauszustellen und ein bisschen dafür sorgen gemeinsam, dass die Wahlbeteiligung entsprechend höher wird, unabhängig von der Bundestagswahl.

Aufgrund der Rechtslage und aufgrund unserer Position, die ich soeben dargelegt habe – ich möchte es nicht besonders in die Länge ziehen, ich sage nur eins: Für uns ist sehr wichtig, dass wir heute als Stadt Gießen eine Position beziehen, mit der alle anderen Gremien im Landkreis arbeiten können, und damit jeder auch weiß, wo er daran ist und was auf ihn zukommt. Vor dem Hintergrund, dass man für den 7. Juni auch in diesem Hause, weil es eine Zusammenlegung wäre mit einer Europawahl, eine Zwei-Drittel-Mehrheit bräuchte, stelle ich zu dem vorliegenden Antrag noch eine Ergänzung, einen Alternativtext. Der Antrag ist im Geschäftsgang und liegt ihnen vor. Als Alternativantrag stelle ich hiermit anschließend zur Abstimmung, weil der Termin später ist, und damit ist der erste Termin meines Erachtens weiterreichend: Falls dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zugestimmt würde, stelle ich den Antrag, bei gleichem Wortlaut des Textes: der Termin der Oberbürgermeisterwahl findet statt am 23. August und der Nachwahltermin am 6. September, nämlich 14 Tage später.

Dieser Termin ist natürlich von den drei ausgewählten vielleicht derjenige, den man sich am wenigsten wünscht. Aber er vereint viele Argumente von denen, die ich vorgetragen habe, mit der Herausstellung der Oberbürgermeisterwahl und damit, dass die Stadt Gießen sich positioniert, an dem sich jeder andere orientieren kann. Dies zu verhindern steht heute auch zur Abstimmung. Mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit, orientiert an dem Votum, das mir zu Ohren gekommen ist seitens der Kreis-SPD und unserem Antrag, könnten wir den 7.6. heute beschließen, und alle anderen können sich daran orientieren. Ich kenne die Position der Sozialdemokraten, Herr Merz, wir haben telefoniert. Wir haben auch keinen Hehl daraus gemacht, dass wir das verschieden sehen. Ich habe Ihnen aber auch angedeutet, dass wir das heute in dieser Art und Weise vorschlagen werden. Und ich möchte, das mache ich bewusst sachlich und ruhig, dafür werben, dass wir heute nicht den Weg gehen, einen eigenen Termin zu wählen, sondern den Weg gehen gemeinsam, den 7. Juni 2009 zu wählen so, wie er im Antrag vorgelegt ist und die Stichwahl am 21. Juni diesen Jahres stattfinden lassen. Ich bitte um Unterstützung und danke für die Aufmerksamkeit.“

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, beantragt die wörtliche Protokollierung der Ausführungen des Stv. Möller. Außerdem beantragt sie eine Sitzungsunterbrechung, da sich die SPD-Fraktion beraten wolle.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 23:30 Uhr bis 23:45 Uhr.

Anschließend äußert **Stv. Merz**, SPD-Fraktion, seine Fraktion favorisiere den 27. September als OB-Wahltermin, da für diesen Tag wegen der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl eine weitaus höhere Wahlbeteiligung zu erwarten sei als am 7. Juni. Der 23. August als OB-Wahltermin sei ungeeignet,

da an diesem Tag die weitaus geringste Wahlbeteiligung zu erwarten sei, die Schlussphase des Wahlkampfes in den Sommerferien liegen würde und durch diesen zur Europa- und Bundestagswahl zusätzlichen Termin unnötige Kosten für die Wahldurchführung entstehen würden. Das Problem des gefährdeten eigenen Profils der OB-Wahl am 27. September sieht Stv. Merz auch am 7. Juni gegeben, wenn man die Europawahl ernst nehme. Zur Abwendung eines OB-Wahltermins am 23. August werde die SPD-Fraktion dem Termin 7. Juni aber zustimmen.

Beratungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: Linke/BLG).

Die gemäß § 2 Absatz 3 KWG erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit ist gegeben.

**24. Teilnahme des Ausländerbeirats bei Nichtöffentlichkeit STV/2068/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2008 -**

Antrag:

„Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen wird in § 14 ‚Teilnahme des Ausländerbeirats‘ insofern geändert, als unter Punkt 1. Satz 1 das Wort ‚öffentlichen‘ gestrichen wird.“

Der Antrag wird zurückgestellt, da 24:00 Uhr erreicht bzw. überschritten ist.

**25. Millenniumserklärung der Städte und Kommunen STV/2190/2009
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.12.2008 -**

Antrag:

„Die Stadt Gießen als Mitglied des deutschen Städtetages unterzeichnet die Millenniumserklärung der Mitgliedskommunen.“

Der Antrag wird zurückgestellt, da 24:00 Uhr erreicht bzw. überschritten ist.

26. Verschiedenes

Stadtverordnetenvorsteher Gail verabschiedet die Stadträte Dr. Kölb und Dr. Kaufmann im Namen der Stadtverordnetenversammlung. Er hebt hervor, dass sich beide Stadträte um die Stadt Gießen verdient gemacht haben.

**26.1. Anfrage gem. § 29 GO der Stv. Schlotmann vom
14.01.2009 - Fortschreibung des Energieberichts -**

ANF/2205/2009

Anfrage:

Am 22.03.2007 wurde der Antrag „Fortschreibung des Energieberichts“ einstimmig beschlossen. Hauptinhalt dieses Antrages war: „Dabei (bei der Fortschreibung des Energieberichts) soll der Energieverbrauch der Gebäude erfasst und die möglichen Einsparpotentiale dargestellt werden“. Der seit November 2008 vorliegende Energiebericht 2008 beinhaltet nur in einem Beispiel den Energieverbrauch eines Gebäudes (Ricarda-Huch-Schule); von im Antrag geforderten Einsparpotentialen ist überhaupt nicht die Rede! **Ich frage:**

„Wird der Magistrat, wie vom Parlament gewünscht, in Zukunft bei öffentlichen Gebäuden Energieverbrauch und Einsparpotentiale gegenüberstellen?“

1. Zusatzfrage: *„Wann ist mit der auf Seite 62 des Energieberichts erwähnten ‚Prioritätenfestlegung der weiteren Sanierung‘ zu rechnen?“*

Stadtrat Rausch antwortet:

„Zur ersten Frage: Im Rahmen des Facility-Managements (FM) wird der Magistrat in der Zukunft nach dem Rathaus weitere öffentliche Gebäude in dieses FM mit übernehmen. Mit der Übernahme werden dann auch entsprechende Datenerfassungsgeräte sowie gegebenenfalls Einrichtungen zur Fernsteuerung, abhängig von den jeweiligen Gebäudetypen, bei den anstehenden Sanierungsarbeiten einzubauen und zu überwachen seien. Damit wird dann in der Zukunft auch die Gegenüberstellung der Energieverbräuche und Einsparpotentiale möglich sein.

Zur weiteren Frage hinsichtlich der Seite 62: Eine Prioritätensetzung hinsichtlich energetischer Sanierung ist zunächst abhängig von den zur Verfügung stehenden jährlichen Haushaltsmitteln und den Möglichkeiten der Verwaltung, diese auch kontinuierlich umzusetzen. Des Weiteren ist aber zu berücksichtigen, dass zur Zeit über vielfältige Konjunkturprogramme gesprochen wird, welche nicht nur energetische Sanierungen vorsehen, sondern insbesondere gerade bei Schulen auch eine Verbesserung für mehr Bildung mit besseren technischen Ausstattungen etc. das Wort reden. Zur Zeit liegen die Schwerpunkte und Handlungsvorgaben für diese Konjunkturprogramme noch nicht fest, so dass eine Prioritätenfestlegung für alle denkbaren öffentlichen Gebäude noch nicht möglich ist. Dazu ist aber anzumerken, dass das über 300 sind in der Stadt Gießen. Der Magistrat wird aber vorrangig, wie bereits auch den Stadtverordneten verschiedentlich mitgeteilt, die auch im Haushalt dargestellten großen Sanierungsprojekte im Schulbereich, unabhängig von der Frage der energetischen Nutzung, wie vorgesehen im Rahmen der Verbesserungsmöglichkeiten im Sinne der Konjunkturprogramme weiter verfolgen. Besondere Listen und Aufstellungen über das bereits Dargelegte wird es dazu jedoch nicht geben.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(zu TOP 1 bis 22)

(gez.) G a i l

DIE VORSITZENDE:

(zu TOP 23 bis 30)

(gez.) G r e i l i c h

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h